Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216 — Nummer 275/276

Bezugspreis: monatlich Mark 4000. – mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Briefträger entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadensersatz. — —

Halle-Saale

Sonnabend, 16. Juni 1923

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile 250 Mk. Kleine Anzeigen 150 Mk. Familienanzeigen 100 Mk. Die 3gespaltene 90 mm breite mm-Reklamezeile 800 Mk. Rabatt nach Tarif, Erfüllungsort Halle-Saale

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 u. 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

England wünscht eine endgültige Lösung

Der Meinungsaustausch zwischen Paris und London

Baldwin ist der Ententekrise müde

London, 15. Juni.

Der Meinungsaustausch zwischen Paris und London dauert an, ohne bisher ein greifbares Ergebnis gezeitigt zu haben. Der Zweck dieses Meinungsaustausches wird vom „Daily Telegraph" folgendermaßen definiert: Das offenbare Ziel ist nicht nur, eine bloße Formel zu finden, die die Alliierten instand setzte, zu einer oberflächlichen Einigung über einen oder mehrere Punkte des Vorgehens zu kommen, sondern festzustellen, ob eine feste Grundlage für eine gemeinsame interalliierte Politik und eine allgemeine Regelung besteht oder nicht. Mit anderen Worten also, das Kabinett Baldwin ist der Ententekrise müde und drängt auf eine definitive Entscheidung, deren Notwendigkeit im Interesse des englischen Handels immer deutlicher wird. Daß England dabei seine eigenen Geschäftsinteressen im Auge hat, beweisen neuerdings die Auslassungen prominenter Vertreter der englischen Wirtschaftskreise, die der Ansicht sind, daß es um den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft geht, welcher Absicht das Verhalten Frankreichs widerspreche.

Englische Fragen an Deutschland

London, 15. Juni.

In unterrichteten politischen Kreisen verlautete gestern abend, daß die englische Regierung in weniger offizieller Form als auf dem Wege des nach Paris gesandten Fragebogens versuchen werde, von der deutschen Regierung einige ergänzende Angaben zur deutschen Denkschrift zu erhalten, um festzustellen, welche Konzessionen die deutsche Regierung für die Preisgabe des passiven Widerstandes, soweit er auf amtlichen Maßnahmen beruht, glaube fordern zu müssen.

Weitere Einzelheiten aus dem englischen Memorandum

Paris, 15. Juni.

Die Pariser Presse fährt fort, sich mit dem englischen Memorandum, das gestern am Quai d'Orsay Gegenstand eines Ministerrates bildete, weiter zu beschäftigen. Verschiedenes klärte über seinen genauen Inhalt durch. Es enthält nicht nur Anfragen der englischen Regierung betreffend die Ruhrbesetzung, den passiven Widerstand und die Art, wie die Besetzung sich im Falle der Einstellung desselben ausnehmen würde usw., sondern behandelt auch gewisse Seiten des Reparationsproblems überhaupt. Zumal wünsche die englische Regierung, wie die Blätter hervorheben, von Frankreich genaue Aufschlüsse über die Verwendung und Verteilung der Bonds A, B und C des Zahlungsabkommens vom Mai 1921 zu erhalten. Weiter berichtet sie an Poincaré die Bitte, im einzelnen die französischen Absichten über den künftigen Aufbau des Zollsystems im Ruhrgebiet sowie über die Tätigkeit der rheinischen Eisenbahnlinien zu erhalten. Eine Frage in dem Memorandum bezieht sich auf das Moratorium, das eventuell Deutschland zugestanden werden müsse. Das englische Kabinett möchte sich vergewissern, ob eine Regelung der Ruhrfrage zunächst von einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems im Allgemeinen begleitet werden könne. Die Londoner Korrespondenten der hiesigen Blätter heben hervor, daß die englische Regierung über den Gang der Unterhaltungen mit Paris strengste Zurückhaltung zeigt.

Scharfe italienische Angriffe gegen Frankreich

Rom, 15. Juni.

Der alle politischen Kreise beherrschende Groll über Frankreichs Versteckheit kommt heute in einem sehr scharfen Leitartikel der "Idea Nazitnale" zum Ausdruck Darf Europa, sagt das Blatt, sich von den Franzosen weiter ins Verderben zerren lassen? Gelänge den Franzosen Deutschlands wirtschaftliche Zerstörung, so bedeutete dies zugleich die Lähmung der ganzen europäischen Wirtschaft. Gelänge die politische Zerstörung, so bedeutete dies die französische Kontinentalherrschaft, gegen die England und Italien und ganz Europa wiederholt ein energisches Veto aussprachen. Gelänge endlich Deutschlands soziale Zerstörung, so öffnete dies der bolschewistischen Barbarei Tür und Tor ins Herz Europas. Angesichts so furchtbarer Gefahren wolle Frankreich Deutschland zwingen, den passiven Widerstand aufzugeben und sich selbst als wehrloses Opfer kommt dem Messer des Schlächters auszuliefern. Poincarés Vorbedingung sei einfach ganz unannehmbar. Die Kette des Widersinns müsse gebrochen werden. Die Alliierten könnten nicht die französischen Absichten billigen.

Der Erfolg der Roggenanleihe

Berlin, 15. Juni.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die von der Stadt Berlin aufgelegte 6proz. Roggenwertanleihe wurde am heutigen ersten Zeichnungstage bereits um ein Vielfaches des zur Zeichnung aufgelegten Betrages von 60 000 Zentner Roggen überzeichnet. Zeichnungen auf diese Anleihen werden daher nicht mehr angenommen. Dagegen bleibt die Zeichnungsfrist für die 8—15prozentige Markanleihe vorläufig bestehen.

Gottesfriede?

Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten! Das neueste Wort für das, was jetzt im Ruhrgebiet geschehen soll, ist nicht mehr „Waffenstillstand", sondern „Gottesfrieden". Der Pariser „Temps" schrieb in seinem Leitartikel vom letzten Mittwoch: „Wenn das deutsche Gottesfrieden-Projekt den französischen Plänen angepaßt wird, wäre eine Entspannung möglich."

An dieser Fanfare, die vom Pariser Auswärtigen Amt ausdrücklich als mit der französischen Auffassung übereinstimmend bezeichnet wurde, war schon das eine falsch, daß der Gottesfrieden-Plan deutscher Herkunft sei. Es ist vielmehr französisches Eigengewächs. Was damit gemeint sei, sagte derselbe „Temps" in seinem Artikel wörtlich: „An dem Tage, an dem die Reichsregierung und die preußische Regierung alles, was von ihnen abhängig ist, getan haben, um dem Widerstand ein Ende zu machen und die ihrer Verwaltung unterstehenden Behörden zu loyalem Zusammenwirken mit den Verbündeten (!) zu bestimmen, an dem Tage, an dem auf diese Weise das normale Funktionieren der Leistungen der Abgabeneingänge, des Verkehrs usw. erzielt wird, wäre man zu der Lage zurückgeführt, welche die Regierungen Frankreichs und Belgiens am 11. Januar im Auge gehabt haben. Die Rolle des Zivils bekäme dann in der interalliierten (!) Ruhrbesetzung wieder das Uebergewicht . . ."

Das sieht beinahe so aus, als hätte Frankreich bisher mit seiner Forderung auf Verzicht des passiven Widerstandes kein Wässerchen getrübt, als hätte Poincaré nicht in allen internationalen Gassen ausrufen lassen: Deutschland muß kapitulieren. Ganz abgesehen von der Flunkerei in der Anwendung der Begriffe: „Verbündete" und „interalliierte Ruhrbesetzung", heißt es doch, mit dem ehrwürdigen Worte Gottesfrieden Schindluder treiben, weil das Pariser Offizosenblatt einschränkend fortfährt: Nach den 6 Monaten des aggressiven (?) Widerstandes müßten aber Vorbehalte gemacht werden. Erstens müsse bei der Erregung der Bevölkerung des Ruhrgebietes das französisch-belgische Oberkommando ermächtigt bleiben, alle Schutzmaßnahmen zu verfügen, die durch die Ereignisse notwendig werden könnten. Zweitens mache die „Liquidierung des deutschen Widerstandes eine Reihe von Vorbeugungsmaßnahmen erforderlich . . . Man kann sich lebhaft vorstellen, auf welche Schutzmaßnahmen und Vorbeugungsmaßnahmen die französisch-belgische Soldateska verfiele, um einen Gottesfrieden herzustellen, wie sie ihn versteht. Die Maßnahmen wären nichts anderes als die von Poincaré angedrohten weiteren Sanktionen, als Zugabe vielleicht noch eine Reihe von Todesurteilen und Belagerungszuständen.

Der französische Lockvogel, der das Wort Gottesfriede so holdselig flötete, hat offenbar auch dem britischen Außenminister durchaus nicht imponiert. Lord Curzon ließ nämlich der französischen Botschaft in London einen Fragebogen überreichen, in der alle Gesichtspunkte der Reparation und des Ruhrkonflikts aufgezählt werden, über die England eine genaue Darlegung der französischen Ansichten zu erhalten wünscht. Der erste Punkt aber lautet: Eine genaue Umschreibung dessen, was in Frankreich unter dem Begriff des passiven Widerstandes verstanden wird. Nach den eingangs genannten halbamtlichen Gottesfriedenvorschlägen von französischer Seite kann Poincaré in seiner bereits angekündigten Antwort auf die englischen Fragen unmöglich mehr auf der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bestehen. Er muß sich vielmehr den englischen Ideen eines Waffenstillstandes nähern. Diese Annäherung und damit die französisch-belgische Entspannung ist tatsächlich auf dem Marsche. Der Pariser Berichterstatter der „Times", hinter dem niemand anders steht, als der englische Botschafter in Paris, läßt in seinen letzten Meldungen deutlich durchblicken, daß man beiderseits auf die Bluffdrohung mit dem Bruch der Entente verzichtet. Weder Frankreich noch England wünschen die Verhandlungen abzubrechen. Man hat sich gegenseitig doch allzuliebr nötig. England wird sich nicht unter den Willen Frankreichs beugen und Frankreich wird mehrere Pflöcke zurückstecken müssen. Das Ende vom Liede wird ein Kompromiß sein, das schließlich, wie die Londoner „Morningpost" ankündigt, vielleicht zu einer persönlichen Aussprache zwischen Baldwin und Poincaré führen wird.

Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß das englisch-französische Kompromiß eine Rechnung sein wird, die ohne die deutsche Ruhrbevölkerung gemacht ist. Das deutsche Volk an der Ruhr und nicht die Berliner Regierung wird maßgebend sein. Und weder Waffenstillstand noch Gottesfrieden wird zustande kommen ohne die engste vertragliche Verknüpfung von deutschem Widerstandsverzicht und französisch-belgischer Räumung des Einbruchsgebietes.

Die Abdrosselung des Ruhrgebiets

Neue Repressalien Frankreichs

Paris, 15. Juni.

Die Rheinlandkommission hat, wie die Agence Havas meldet, gestern wieder eine ganze Serie von neuen Ordonnanzen erlassen. In keinem der Berichte wird aber angegeben, ob die Entscheidungen mit Stimmenmehrheit oder mit Stimmengleichheit getroffen wurden. Der verstärkte Straßenbahnverkehr soll von nun ab nicht mehr geduldet werden; es wurde beschlossen, daß die Straßenbahngesellschaften ihren Betrieb auf die normale Ausdehnung, die 1922 festgesetzt wurde, zurückführen haben. Ferner soll von nun ab den Kommunen und dem Deutschen Reiche die Wiedergutmachung jedes Schadens auferlegt werden, der durch Sabotage oder aus einem anderen Grunde, der durch den Widerstand des Deutschen Reiches gegen die Ordonnanzen der Oberkommission verursacht wurde, entstanden ist. Außerdem solle angeordnet werden, daß von nun ab der in Ordonnanz 167 vorgesehene Verkehr zwischen den Beamten im besetzten Verkehr und ihren vorgesetzten Behörden im unbesetzten Gebiet auf ein möglichst geringes Maß beschränkt wird. Reiseerlaubnis soll nur ganz ausnahmsweise und zwar nur in Fällen, in denen es sich um unerläßliche Besprechungen im Interesse der Bevölkerung handelt, gestattet werden. Die Bezirkskommissionen allein sollen diese Genehmigungen erteilen, die nur für eine einzige Reise Gültigkeit haben. Schließlich hat die Oberkommission beschlossen, daß, wenn in Zukunft Beschädigungen an Anlagen festgestellt werden, die ein militärisches Interesse haben, wie z. B. an Eisenbahnen, Telephon- und Telegraphenleitungen, ein oder mehrere deutsche Beamte der Justiz oder der Polizei von den Besatzungsbehörden zu requirieren sind, sowie außerdem Beamte der Regie.

Mit Gewalt sollen die Eisenbahner gezwungen werden

Dortmund, 15. Juni.

Nach einem Maueranschlag der Franzosen müssen die Eisenbahner binnen 48 Stunden die Arbeit auf den Bahnhöfen aufnehmen, widrigenfalls sie und ihre Familien ausgewiesen werden.

Stambulinski verhaftet

Sofia, 15. Juni.

Laut Bulgarischer Telegraphenagentur ist Stambulinski heute im Dorfe Golak bei Slavovitza gefangen genommen worden.

Stambulinski erschossen

Sofia, 15. Juni.

Der frühere Ministerpräsident Stambulinski wurde bei einem Fluchtversuch erschossen.

Die letzten Devisenkurse

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juni.

Im Nachmittagsdevisenverkehr blieb der Dollar nahezu unverändert. Man hörte Amerika mit 107 000, England mit 495 000, Holland mit 42 000, Frankreich mit 6730, Belgien mit 5835, Schweiz mit 19 000, Wien mit ca. 150 und Polennoten mit 118. Im Laufe der Abendstunden schwächte sich der Dollar bis auf 108 540 ab, das Pfund auf 432 170.

Der Gesamtindex der Lebenshaltung stieg in der letzten Zeit ganz außerordentlich. Im Vergleich zu der zweiten Maiwoche beträgt die Erhöhung genau 94 Prozent.

Dollar: Nachb. 107 500 f. fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306161-15/fragment/page=0001

Die Demission des belgischen Kabinetts

Brüssel, 14. Juni.

Der König hat, wie schon gemeldet, die Demission des Kabinetts angenommen.

Es ist also anzunehmen, daß der König wieder Theunis mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen wird. Es erscheint jedoch bereits sicher, daß die Lösung der Krise sehr schwer sein wird, weil man vorläufig noch nicht erkennen kann, auf welcher Basis eine neue liberal-klerikale Koalition zustandekommen könnte. In den meisten politischen Kreisen nimmt man jedoch an, daß, wie auch die Lage sich entwickeln wird, Theunis und Jaspar beide dem Kabinett angehören werden. Der Präsident der Kammer, Brunet, der aufgefordert worden war, die heutige Sitzung der Kammer ausfallen zu lassen, hat sich nicht für berechtigt gehalten, diesem Wunsche nachzukommen. Man nimmt jedoch an, daß die Sitzung nur formeller Natur und sehr kurz sein wird. In zahlreichen politischen Kreisen glaubt man jedoch, für den Fall, daß eine Lösung der Krise sich als unmöglich herausstellen sollte, an eine Auflösung der Kammer. Außer Theunis von dem man im übrigen behauptet, daß er amtsmüde sei, sind vorläufig keine Namen als Anwärter für die Neubildung des Kabinetts genannt worden.

Deutscher Reichstag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz (Altrentner-, Kriegsbeschädigten- und Offizierpensionsgesetz). Dazu liegt ein kommunistischer Antrag vor, der die Versorgungsgebührnisse der Kriegsopfer sofort um das Siebenfache der Märzbezüge erhöhen will. Der Ausschuß hat über die Regierungsvorlage hinaus die Bezüge der Versorgungsberechtigten wesentlich erhöht.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun erklärt sich mit dem Ausschußbeschluß einverstanden. Mit den Vorlagen sollen frühere Härten ausgeglichen und die Renten der Geldentwertung besser angepaßt werden. Die wesentliche Neuerung ist die Anpassung der Teuerungszulagen an die Teuerungszulagen der noch im Dienst befindlichen Beamten. Rentenkürzungen sollen nur eintreten, wenn das Einkommen des Sozialrentners aus öffentlichen Mitteln eine bestimmte Grenze übersteigt. Das Privateinkommen kann nicht zu Rentenkürzungen führen. Die neuen höheren Rentenbezüge sollen den Kriegsopfern so schnell wie möglich zugeführt werden.

Abg. **Carsten** (Soz.) verlangt einige Aenderungen der Ausschußvorlage zugunsten der Kriegsbeschädigten. Die Bestimmung, wonach die Kriegsbeschädigten zu einer einmaligen Abfindung gezwungen werden könnten, sei für die Sozialdemokratie unannehmbar, zumal sie jetzt für alle 20prozentigen Renten gelten solle.

Abg. **Hoffmann**-Ludwigshafen (Ztr.) hält die Abfindung in allen den Fällen für geboten, wo die Rente so gering ist, daß die Verwaltungskosten in keinem Verhältnis zu ihr stehen.

Abg. **Buhjuhn** (Deutschn.) bezeichnet die Novelle als einen Notbehelf, der den berechtigten Forderungen der Kriegsopfer nur ungenügend Rechnung trage. Der Ausschuß habe viele Verbesserungen vorgenommen, aber das Existenzminimum sei noch nicht erreicht worden. Trotzdem sei die Annahme der Vorlage, doch ein Gebot der Notwendigkeit.

Im ähnlichen Sinne äußern sich Abg. Streicher (D. Vpt.) und Abg. Ziegler (Dem.).

Abg. **Wenler** (D. Vpt.) bedauert, daß es die finanziellen Verhältnisse des Reiches nicht gestatten, den Dank des Vaterlandes besser zum Ausdruck zu bringen.

Abg. **Berkefe** (Komm.) befürwortet die Anträge seiner Partei, die über die Ausschußbeschlüsse wesentlich hinausgehen. Wenn von einer Abfindung der Rentenempfänger bis zu 20 Prozent überhaupt die Rede sein könne, so müsse die Abfindungssumme erhöht werden.

Abg. **Henning** (Dn.) bespricht die ungenügende und viel zu langsame Einbeziehung der Kriegsbeschädigten und fordert, den Kriegsbeschädigten ihre Bezüge in Goldmark zu zahlen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Unter Ablehnung der kommunistischen Abänderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschußfassung mit geringen Aenderungen angenommen. Die Abfindungssumme wird durch die Annahme eines Antrages der bürgerlichen Parteien von 180 000 auf 420 000 Mark erhöht.

In der gleich darauf vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt. — Sodann wird der Entwurf zur Aenderung des Wehrmachtversorgungsgesetzes in 2. und 3. Beratung angenommen. Er bestimmt, daß als Zulage zu den Uebergangsgebührnissen jährlich der doppelte Monatsbetrag des zuletzt zuständigen ruhegehaltsfähigen Einkommens gewährt wird. — In derselben Weise wird die einmalige Uebergangsbeihilfe geregelt.

Morgen nachmittag 1 Uhr Anträge auf Aenderung der Umsatzsteuer; Weiterberatung des Geschlechtskrankengesetzes.

Schluß 8½ Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstags

Berlin, 15. Juni.

Der Aeltestenrat des Reichstages hat heute den Geschäftsplan für den Rest des gegenwärtigen Tagungsabschnittes bestimmt. Morgen, zum Sonnabend, sollen kleinere Vorlagen und der Antrag Bruhn-Löbe wegen Ermäßigung der Umsatzsteuer für Inserate besprochen werden, außerdem ein Gesetz wegen Anlage von Mündelgeld und das Schankstättengesetz in erster Lesung, sowie das Gesetz über die Bestimmung der Feiertage in zweiter Lesung. Am Montag nächster Woche reihen sich daran das Gesetz über die wertbeständigen Hypotheken, das Heimarbeiterschutzgesetz, das Landessteuergesetz und das Besoldungssperrgesetz. Am Dienstag und Mittwoch soll das Gesetz über die Brotversorgung in zweiter und dritter Lesung erledigt werden. Vielleicht kommt auch noch die Interpellation wegen des Fechenbach-Prozesses zur Besprechung, falls sie nicht bis nach einer Pause verschoben werden muß, die vom Donnerstag nächster Woche bis zum 3. Juli reichen wird, um vornehmlich dem Steuerausschuß Raum für seine Beratungen zu geben. Nach dem Wiederzusammentritt am 3. Juli sollen die Steuergesetze erledigt werden, und der Reichstag hofft, daß er dann etwa am 10. oder 12. Juli in die Sommerferien gehen kann.

Preußischer Landtag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juni.

Zunächst wird der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift mit genauen Mitteilungen über das Ergebnis der Nachprüfung der Eigentumsverhältnisse im Hohenzollernvermögen mit 149 gegen 138 Stimmen angenommen. Auch ein Teil des Zentrums hat für den Antrag gestimmt. — Hierauf wird der Haushalt der Staatsschuldenverwaltung angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Landtags. — Der kommunistische Antrag auf **Absetzung des Präsidenten Leinert** wird mit der Beratung verbunden.

Abg. **Pick** (Komm.) fordert die Absetzung Leinerts, der es nicht für nötig gehalten habe, trotzdem gegen die Urheber der Schlägerei vom 4. Mai disziplinarisch einzuschreiten. Wir verlangen die Einstellung aller über 15 Jahre im Dienste des Landtages Stehenden als Beamte.

Abg. **Brecour** (Soz.) tritt dem kommunistischen Antrage entgegen. Die Verhältnisse der Angestellten werden am besten vom Vorstand geregelt.

Abg. **Ebersbach** (Dtschn.) stellt fest, daß er selbst zuerst vor zwei Jahren die Ueberführung der Landtagsangestellten ins Beamtenverhältnis Tätigkeit auf wichtigste Angelegenheiten ein, dagegen stimmten.

Abg. **Höpker-Aschoff** (Dem.) tritt für Beschränkung der parlamentarischen Tätigkeit auf wichtigste Angelegenheiten ein, damit das Ansehen des Parlaments gehoben werde.

Abg. **Brust** (Ztr.) und Abg. **Dr. v. Campe** (D. V.) wünschen ebenfalls eine Beschränkung der Parlamentstagungen.

Abg. **Leinert** (Soz.) lehnt es ab, auf den Vorwurf einzugehen, seine Führung der Geschäfte sei parteiisch. (Zurufe bei den Kommunisten.) Die Angestellten und Arbeiter im Landtag sind in der Hauptsache nicht schlechter gestellt, als die anderen.

Die Kellner im Landtag haben das Einkommen eines Oberkellners in den Weinstuben. Sie verdienen wöchentlich 229 000 Mark. (Lebh. Hört! Hört!) Unter Ablehnung aller kommunistischen Anträge, auch desjenigen auf Absetzung des Präsidenten Leinert, wird hierauf der Haushalt des Landtages in zweiter Lesung angenommen. — Sodann setzt das Haus die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern bei dem noch ausstehenden Kapitel „Polizei" fort. Mit dieser Beratung zugleich verhandelt werden zahlreiche Anträge betreffend die Versorgung der Schutzpolizeibeamten usw. — Nach langwieriger Beratung im Ausschuß und einem Unterausschuß ist es gelungen, in den Fragen der Besoldungsordnung und Eingruppierung der Polizeibeamten ein Einverständnis unter den Parteien und mit der Staatsregierung zu erzielen.

Der kommunistische Redner erklärt: Die Schutzpolizei muß von allen monarchistischen Elementen gereinigt, die Unterbeamten müssen in ihren gesetzlichen Rechten geschützt werden. Eine besonders unsaubere Rolle spielt die Schutzpolizei in dem Kampfe der Regierung und des Koalitionsministers Severing gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung der letzten Monate. In Essen hat die Polizei mehrere Menschenopfer dieses Kampfes auf dem Gewissen. In Halle steckt der sozialistische Polizeipräsident Runge mit den Monarchisten, dem Stahlhelm usw. unter einer Decke.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vormittags vertagt. Kleine Vorlagen usw. — Schluß 4⅝ Uhr.

Verlogene Gerichtsberichterstattung

Halle, 15. Juni.

Mit welch' skrupellosen Mitteln die Sozialdemokratie arbeitet, wenn es gilt, dem Gegner die Ehre abzuschneiden, beweist ein Bericht des „Volksblattes" über eine Verhandlung des Kaufmannsgerichtes, in der über eine Klage zwischen dem Verlag Otto Thiele und dem Hausmannsgerichtsrat a. D. Fenske verhandelt wurde. Schon die Schlagworte „Mit ganzem Können und Wollen für 600 M. Monatsgehalt", „Drei Goldpfennige im Monat" beweisen, daß die Wahrheit brutal auf den Kopf gestellt wird, bewußt wird hier gelogen, denn der Berichterstatter weiß ganz genau, daß das eine Verdrehung der Tatsachen ist.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Herrn Rechnungsrat F. war, als er in den Verlag Otto Thiele eintrat, pensionierter Reichsbankbeamter, also keineswegs mehr in der Vollkraft seines Schaffens, dessen Qualität sich übrigens in Laufe der Jahre sehr zum Nachteil des Geschäftsbetriebes noch mehr verringerte. Trotzdem wurde F. unter nach damaligen Verhältnissen glänzenden Bedingungen angestellt. Ihm wurden im Jahre 1919 monatlich 600 M. Gehalt und 10 Proz. Tantieme zugesichert. Diesen zehnten Teil des Gewinns erhielt Herr F. stets gewissenhaft ausbezahlt und erzielte dadurch, auch in der jetzigen Zeit der Geldentwertung, eine Einnahme, die mancher langjährige Angestellte tariflich nicht erzielt. Und bei pensionierten Beamten würde man ein solches Einkommen vergeblich suchen. Der Verlag Otto Thiele kürzte diese Einnahmen nicht, obwohl, wie schon erwähnt, die Arbeitskraft des Herrn F. mit vorrückendem Alter immer geringwertiger wurde.

Die Behauptung des „Volksblattes", der Verlag Otto Thiele habe Herrn F. zugenutzt, eine Nebentätigkeit zu übernehmen, die bisher von einem Fräulein verwaltet wurde, ist ebenfalls eine niederträchtige Unwahrheit. Herr F. sollte den vakant gewordenen Hauptkassierersposten übernehmen, der lediglich, da er seit 1. Juni unbesetzt, von einem Fräulein interimistisch verwaltet wurde. Hierzu war Herr F. vertraglich verpflichtet, doch hatte er die Uebernahme entschieden abgelehnt.

Daß der Verlag Otto Thiele Herrn F. auch in anderer Weise größtes Entgegenkommen bewiesen hat, obwohl die Arbeitskraft des Herrn F. für den Verlagsbetrieb wenig Gewinn einbrachte, sei nur nebenher erwähnt. Wenn Herr F., der die Sechzig überschritten hat, den Wert seiner Tätigkeit an seinem Lebensabend indessen mit 22 Millionen einschätzt, so spricht das nicht für allzu große Bescheidenheit des Herrn F.

Die Aussagen des Herrn Thiele und seines Generalbevollmächtigten sind vom Kaufmannsgericht als zu recht bestehend anerkannt; Herr F. ist eben ein unzulänglicher langsamer Arbeiter. Die Bücher weisen aus, daß er von Januar bis Mai keine Eintragungen vorgenommen hat, angeblich, weil er das alte Jahr infolge der durch die Steuergesetze bedingten Hinausschiebung der Steuererklärung nicht abschließen konnte. Jeder Kaufmann weiß sich seine Gedanken hierüber zu machen. Daß in der Bilanz sehr große Differenzen entdeckt wurden, sei zur näheren Beleuchtung der Angelegenheit ebenfalls erwähnt. Die durch die Kasse abgegebenen Erklärungen wiesen oft Irrtümer in ganz beträchtlichen Summen auf, so daß das Vertrauen zu Herrn F., welcher sich der ordnungsgemäßen Führung des Kassenwesens als verantwortlich nicht gewachsen ist.

Es ist traurig, wenn ein Mensch auf seine Verantwortlichkeit pocht, diese jedoch niemals übernehmen kann. Da Herr F. vertraglich verpflichtet war, seine Dienstobliegenheiten gewissenhaft zu erfüllen, so war die Auflösung des Vertrages schon aus diesem Grunde berechtigt.

Trotz der verminderten Leistungsfähigkeit hat sich Herr Thiele vor etwa 4 Monaten bereit erklärt, Herrn F., gegen Streichung der Tantieme, das Gehalt eines seiner Prokuristen zu geben, was ihm jedoch nicht genügte und von ihm abgelehnt wurde. Trotz dieser durchaus ablehnenden Haltung war Herr Thiele vor dem Kaufmannsgericht zu einem annehmbaren Vergleich, der die Existenz Herrn F. gesichert hätte, bereit.

Auf die übrigen Angriffe des „Volksblattes", die an uns nicht herangehen, weil sie von über Klassen- und Parteiehre Zeugnis ablegen, gehen wir nicht ein.

17

Zum Paradies

Roman von A. v. Klinckowstroem.

„Dunnerslag!" sagte er zuerst ganz mechanisch, und verfiel unwillkürlich in das Plattdeutsch, das man in seinem elterlichen Hause noch gesprochen hatte und mit dem er aufgewachsen war. Und dann noch einmal kräftiger, mit der Faust auf den Tisch schlagend: „Dunnerslag!"

Er war ohnehin sehr schlechter Stimmung, hatte auf telephonische Anfragen in Berlin die Antwort erhalten, daß es mit dem Generalausstand der Bergarbeiter seine Richtigkeit habe und die Kurse sämtlicher Montanwerte bereits beträchtlich gefallen seien. Man dürfe indessen nicht voreilig handeln. Es sei ebensogut möglich, daß sich alles noch gütlich beilegen lasse.

Das erbitterte ihn. Gerade wo er stark in Montanwerten engagiert war und große Summen für ihn auf dem Spiel standen, mußte das kommen! Obendrein wußte er noch nicht recht, ob er seine Position mit Verlust lösen oder durchhalten solle. Unter diesen Umständen brachte die Neuigkeit, mit der Marie und Eva ihm entgegengekommen waren, das Maß seines Aergers zum Ueberlaufen. Er hielt große Stücke auf Welty. Zornprühend riß er die Tür zum Boudoir auf, in dem Tina noch immer zusammengekauert saß, und donnerte: „Kommt mal sofort in meine Stube, Töchter!"

Sie gehorchte ohne Widerrede, und als sie in seinem Zimmer wie eine arme Sünderin auf dem Stuhl neben dem großen Diplomatenschreibtisch hockte, während er in dem Sessel davor breitspurig Platz nahm, fuhr er sie an: „Du bist wohl des Teufels! Was sind das für Sachen, die ich höre? — Verlobung gelöst? — Einfach verdreht! Da hätte ich auch noch ein Wörtchen mitzureden. Nee, das gibt's nicht. Du bist zwar sehr rücksichtslos, aber hier bei mir im Hause werden doch noch gewisse Rücksichten auf Anständigkeit und Ehre genommen. Verstanden? Ich werde gleich an Welty schreiben, du seiest zur Besinnung gekommen und bedauertest das Vorgefallene. Er kann meinetwegen ein paar Tage ausbleiben, bis du wieder zu dir selbst gekommen bist, aber dann ziehst du andere Saiten auf, das bitt' ich mir aus."

„Schreib nicht, Papa! Es würde in der Sache nichts ändern, nur dir und ihm unnötige Blamage bereiten. — Ich kann ihn nicht heiraten."

„Warum nun mit einmal nicht? Ah, das gnädige Fräulein haben wieder Launen. Ob man da einen famosen Kerl, eine ganze angesehene Familie vor den Kopf stößt, die liebsten Wünsche des eigenen Vaters durchkreuzt, — alles egal! Wenn das gnädige Fräulein nur seine Launen erfüllen kann."

Dieser zornige Hohn reizte sie. „Du lebst doch nicht mein Leben, sondern ich!" rief sie heftiger. „Folglich kann auch ich allein nur wissen, was mir not tut. Ihr habt mir ein gutes Durchschnittslos schaffen wollen, aber das genügt mir nicht. Ich will das höchste Glück vom Leben haben, oder gar nichts."

„Haben wir dich etwa gedrängt, Mutter und ich? Du hast dich aus freien Stücken entschlossen, Weltys Antrag anzunehmen."

„Gedrängt habt ihr mich nicht, aber zugeredet, — doch, das habt ihr."

„Dann such dir dein Paradies in Zukunft selbst."

„Gewiß, das werde ich auch."

„Na, Prostmahlzeit." — Er lachte erbittert auf. — „Das endet ja doch bloß wieder mit einem Reinfall. Wer dich mal kriegt! Ich danke!"

Mit einmal stand sie auf, glitt zu ihrem Vater hin und auf seinen Schoß, ihre Wange an die seine lehnend.

„Ist es denn nötig, daß du so zu mir sprichst, Papa? Ich bin in großer Herzensnot, und du findest nur harte Worte für mich. Wer ist denn schuld daran, daß ich so eigenwillig und egoistisch geworden bin? — Du. Ja, du! Denn du hast mir immer alles durchgehen lassen. Und das jetzt, das ist wahrhaftig keine Laune von mir, das ist etwas, was sich seit Wochen vorbereitet hat, das ist gerade Anständigkeitsgefühl. Wenn ich nicht eingesehen hätte, daß es mir unmöglich sein würde, Welty, den ich so hoch achte, glücklich zu machen, würde ich diesen Schritt gewiß nicht getan haben. Ich bin ja selbst innerlich ganz entzwei."

„Na, na!" brummte er, schon halb geschlagen, und versuchte schwach, sein Gesicht ihren zärtlichen streichelnden Händen zu entziehen.

„Du kannst es mir glauben. Es ist mir sehr schwer geworden."

„Was soll nur noch einmal aus dir werden? Bei deiner Unfähigkeit, dich in andere zu schicken —"

„Wenn es nur der Rechte wäre, Papa. Alles, alles wollte ich für ihn opfern, mich selbst ganz aufgeben."

Eine verhaltene Glut durchbebte Tinas Stimme, und der Justizrat, der eine feine Witterung für dergleichen besaß, löste plötzlich ihre Arme von seinem Halse und rief: „Holla! Weht der Wind aus der Richtung? — Da ist ein anderer —?"

„Ach, Papa, was du denkst!"

Aber er ließ sich jetzt nicht irremachen, nur daß er es vorzog, da nicht allzu genau nachzuforschen, sondern sich auf eigene Hand eine Bestätigung zu suchen, da Tina ja doch alles ableugnen würde.

„Geh' auf deine Stube, Töchterchen," sagte er sanfter. „Du brauchst auch heute nicht mehr herunterzukommen, wenn du nicht magst. Wir können ja morgen weiter reden."

„Danke, Papa!" — Sie machte rasch von der Erlaubnis Gebrauch, ging dann oben, die Hände auf dem Rücken verschränkt, lange hin und her. Wenn sie die Fensterseite des Zimmers passierte, spähte sie unwillkürlich rasch über den Garten hin, der bereits in völliges Dunkel gehüllt war. Aber die hellen Kieswege ließen sich doch unterscheiden. Und da erklang der leicht quietschende Laut, mit dem die Gittertüre sich in ihren Angeln zu drehen pflegte. Tina flog ans Fenster und preßte die Hände gegen die Brust.

Rieden kehrte aus der Stadt zurück. Sie sah ihn langsam daherkommen, mit zögernden Schritten, als näherte er sich ungern dem Hause. Wie er davor stand, blickte er suchend zum Oberstock hinauf und winkte mit der Hand, als er sie in ihrem weißen Kleide hinter dem dunklen Fenster unterschied.

„So, jetzt sagen sie es ihm also!" dachte sie, wie das Geräusch der zufallenden Hallentür zu ihr drang und gleichzeitig verschiedene Stimmen laut wurden.

In der Tat empfing Marie ihren Mann sofort mit der Neuigkeit, welche die Gemüter erregte. „Wie findest du das, Otto?" fragte sie am Schluß der atemlosen Mitteilung. „Wir sind alle ganz außer uns."

Er blieb stumm, trug umständlich Mantel und Hut in die Garderobe und ließ sich dann in einen Sessel fallen. Marie mußte ihre Frage wiederholen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306161-15/fragment/page=0002

aus Mitteldeutschland

Eine wüste Lärmszene im Anhaltischen Landtag

In dem sonst im allgemeinen recht friedliebenden Anhaltischen Landtage kam es bei der zweiten Lesung der Regierungsvorlage über die anhaltische „Bauhütte" zu einer wüsten Lärmszene. Der Haushaltsausschuß hatte gegen die Stimmen der Rechtsparteien den Antrag gestellt, den staatlichen Kredit von 1 Million Mark für die Bauhütte, die im sozialdemokratischen Fahrwasser fährt, auf das Zehnfache zu erhöhen. Der Sprecher der Rechten beantragte, die Vorlage vorläufig zu vertagen, bis ein gegen die Mitglieder der Bauhütte schwebendes gerichtliches Verfahren wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung usw. seine rechtliche Erledigung gefunden habe. Das müsse die Oeffentlichkeit verlangen. Als der Abgeordnete Jericke (Deutschnatl. Volkspt.) die Behauptung aufstellte „den Sozialdemokraten sei jeder Grund sauber, auch wenn er zum Himmel stinke", erhob sich auf der Linken des Hauses ein ohrenbetäubender Lärm; mehrere sozialdemokratische Abgeordnete stürzten sich auf die Rednertribüne, und die schwersten Schimpfworte fielen aus ihren Reihen gegen den deutschnationalen Abgeordneten. Der Vizepräsident bemühte den Lärm nicht zu dämpfen und sah sich schließlich gezwungen, die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen. Der Abgeordnete Sommer (Soz.) faßte den Abg. Jericke beim Arm, um ihn, wie es schien, von der Rednertribüne herunterzuziehen. Auch Präsident Peus hatte nach Wiedereröffnung der Sitzung größte Mühe, sich Gehör zu verschaffen. Er rief den Abg. Jericke zur Ordnung, der dann seine Rede zu Ende führte, nachdem er die Schärfe seines Ausdruckes gemildert hatte. Seitens der Rechten verlangte man aber auch einen Ordnungsruf gegen den Abg. Sommer (Soz.) wegen seines Vorgehens; dieser rief aber, er habe den Abg. Jericke nicht von der Tribüne ziehen wollen, dazu sei er ihm zu alt; wenn er jünger gewesen wäre, hätte er ihm vielleicht ein paar hinter die Ohren geschlagen. Der Präsident erteilte ihm eine Rüge (!). Nachdem sich die Wogen des Tumultes endlich gelegt hatten, wurde die Debatte in Ruhe zu Ende geführt und der Antrag des Haushaltsausschusses gegen die Stimmen der Rechtsparteien und der Demokraten angenommen. – Auch das Naturschutzgesetz und das Gesetz über das Körwesen und über die Haltung von Ziegenzuchtböcken wurde angenommen. – Die nächste Sitzung wird die Eingemeindungsvorlage bringen. Die in Frage kommenden Gemeinden sind sämtlich gegen die Eingemeindung.

Ausflug nach Ruhlsdorf

Am Montag, den 11. Juni, fand die geplante Exkursion des Verbandes ehemaliger Landwirtschaftsschüler von Elsterwerda unter Führung des Herrn Direktors Hemeter nach Ruhlsdorf bei Groß-Beeren statt, wo von mehreren landwirtschaftlichen Körperschaften seit 1918 eine Versuchswirtschaft für Schweinehaltung und -Zucht eingerichtet ist. Es waren etwa 8 Teilnehmer aus den Kreisen Liebenwerda, Torgau und Schweinitz, darunter eine Anzahl von Landwirtsfrauen, denen ja im bäuerlichen Betriebe die Pflege und Fütterung der Schweine zukommt. In Ruhlsdorf werden auf einem Gesamtareal von 350 Morgen etwa 350 Schweine gehalten, darunter eine große Zahl Zuchtsauen aller Schläge. Die starke Schweinehaltung ist möglich, weil auf den Rieselfeldern dort fast das ganze Jahr hindurch eine gute Grasweide zur Verfügung steht. Im Anschluß an einem ausführlichen Vortrag des dortigen Betriebsleiters, Herrn Direktor Müller, über die dort geleistete Arbeit und die weiteren Ziele erfolgte die Besichtigung der Schweine in den Ställen und auf der Weide. Besonders konnte manche Anregung bezüglich zweckmäßiger Fütterung gegeben und auf Fütterungsfehler hingewiesen werden, desgleichen wurde jener Hauptfehler bei der Ferkelaufzucht, die Ferkel zu früh abzusetzen, betont. In Ruhlsdorf geschieht es mit einem Alter von 10 Wochen. Eine solche Versuchswirtschaft wird immer ihren Zweck erfüllen, wenn sie durch ihre eigenen Erfolge in der Haltung der Schweine den Besuchern imponieren und sie so von der Richtigkeit ihrer Lehren zu überzeugen vermag. Daß dies in Ruhlsdorf der Fall war, wird jeder Exkursionsteilnehmer bestätigen können. So gab es eine Fülle von Neuem zu sehen, das das größte Interesse der Besucher finden mußte, so daß damit die Exkursion einen außerordentlich befriedigenden Verlauf nahm.

Provinzialdenkmälerkommission

In Stolberg a. H. fand am 8. Juni unter dem Vorsitz des Provinzialkonservators, Landesbaurats Ohle, die zweite diesjährige Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Provinzialdenkmälerkommission statt. Es wurden zunächst die interessanten Baudenkmäler des malerischen Harzstädtchens besichtigt, in dem sich das Bild einer kleinen Stadt aus dem Mittelalter einschließlich erhalten hat. Im Mittelpunkt des Interesses standen zwei Bauten, von denen der eine, die alte Superintendentur, durch Erdrutsche in der Erhaltung bedroht ist. Das Verschwinden des aus dem 15. Jahrhundert stammenden Fachwerkbaues müßte im Interesse der städtebaulich überaus reizvollen Baugruppe, welche das Haus zusammen mit der Kirche bildet, bedauert werden. Zu der gleichen Baugruppe gehört auch die kleine Marienkapelle, bei der es nach Ausbesserung der Baumschäden hoffentlich gelingen wird, sie einem anderen Zwecke zuzuführen. Es ist erfreulich, daß von Seiten der Provinz die für denkmalspflegerische Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel der Geldentwertung so erhöht worden sind, daß wirksam eingegriffen werden kann, wenn der Erhaltung wertvoller Kunstschätze der Vergänglichkeit vom Verfall bedroht sind. Es wurden von der Kommission recht erhebliche Beihilfen zur Verfügung gestellt, welche zusammen die Summe von etwa 8 Millionen Mark betragen. Es sollen vor allem für Erhaltungsarbeiten an verschiedenen denkmalswerten Bauten, wie der Liebfrauenkirche in Halberstadt, der nicht mehr im gottesdienstlichen Gebrauch befindlichen Kirche zu Hasserode, der Severikirche und der Bonifatiuskirche zu Erfurt, sowie für die Stadtmauer in Mühlhausen und die Instandsetzung eines alten Turmes in Croppenstedt die Geldmittel bereitgestellt werden. Ferner sind aus der Summe Beihilfen gewährt für die Instandsetzung der Stuckdecke eines kürzlich durch Brand beschädigten Privathauses am Markt zu Naumburg, für die Ausbesserung eines wertvollen, aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Erbbegräbnisses auf dem Friedhof zu Barby, und für die Instandsetzung des Hochaltares in der Kirche zu Wingerode. Ein namhafter Beitrag wurde ausgeworfen für die Herstellung originaler Pausen frühmittelalterlicher Wandgemälde in Klostergröningen und Burgscheidungen, sowie des jüngst wiederentdeckten und durch des Eingreifen der Kommission vor dem günstigen Verfall bewahrten großen romanellen Triumpfkreuzes in Schulpforta. In der Sitzung wurde berichtet über die Arbeiten an der Bestandsaufnahme der Kunst- und Baudenkmäler der Provinz, die soweit gefördert sind, daß mit dem Abschluß des Bandes Magdeburg im Laufe dieses Jahres gerechnet werden kann. Außerdem sollen die Arbeiten für die Bände Erfurt und Stendal begonnen werden. Im Anschluß an die Tagung in Stolberg wurde am nächsten Tage die Besichtigung einer kulturgeschichtlich höchst bedeutsamen Stätte bei dem Dorfe Questenberg vorgenommen. Hier steht auf einem Teil aus dem Talgrunde aufsteigenden Gipsfelsen ein gewaltiger geschälter Eichenstamm mit einem aus Buchengezweigen und Blättern geflochtenen Kranz von etwa zwei Meter Durchmesser, der an einem Querholz befestigt ist. Die besondere Form dieses „Questenkreuzes", sowie vor allem die alljährlich am Pfingsten an dieser Stätte von der Bevölkerung geübten eigenartige Bräuche, machen es sicher, daß es sich bei diesem Kreuz um ein in seiner Entstehung bis in die heidnische Vorzeit zurückreichendes Sonnensymbol handelt. Der weltabgeschiedenen

Beginn der Etatberatung im Haushaltsausschuß

Halle, 16. Juni.

Der Haushaltsausschuß erledigte in seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung zunächst die Haushaltspläne der städtischen Werke. Das Gaswerk erwartet einen **Ueberschuß von 220 Millionen Mark** gegenüber einem solchen von 8,85 Millionen Mark im vergangenen Jahre. Für Abschreibungen mit Einschluß der Zuwendungen an den Erneuerungsfonds sind hierbei 895 Millionen Mark bereit gestellt. Es ist in nächster Zeit eine Erneuerung, bezw. Erweiterung der vorhandenen Oefen nötig, die eine Gesamtausgabe von etwa 2 Milliarden Mark erforderlich machen wird. In etwa zwei Jahren soll mit dieser Erneuerung begonnen werden. Die Rücklagen sollen in Sachwerten angelegt werden. Der Magistrat wies darauf hin, daß die Abschreibungen sich in durchaus mäßigen Grenzen bewegen, sie betrügen nur 7 Proz. des Wertes statt der in Friedenszeiten üblichen 12 Prozent.

Das **Elektrizitätswerk** rechnet mit einem **Ueberschuß von 400 Millionen Mark** (19,5 Millionen im Vorjahre). Beim Elektrizitätswerk sind rund 800 Millionen Mark für Abschreibungen vorgesehen. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß das Werk veraltet sei. In seiner jetzigen Gestalt sei es rentabel nicht mehr weiterzuführen, daher sei eine völlige Umgestaltung nötig, die einer Erneuerung gleichkäme. Im Jahre 1914 seien 42 Proz. der Ausgaben zu Abschreibungen verwandt worden, jetzt nur 16 Proz. Durch eine wirtschaftliche Reform des Betriebes hofft man die nötigen Einnahmen für die Umgestaltung zu schaffen. Die Umformerstation, die jetzt in der Ausführung begriffen ist, ist auf 800 Millionen Mark veranschlagt. Der Betrag reicht indessen bei der zunehmenden Verteuerung nicht aus, die Mehrausgabe kann aber aus erhöhten Einnahmen gedeckt werden, so daß es nicht nötig sein wird, eine Anleihe aufzunehmen, die unter 33 Proz. Zinsen nicht zu haben sein würde. Der Fehler liegt darin, daß während des Krieges keine Rücklagen gemacht worden sind. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß, wären Rücklagen erfolgt, diese jetzt auch entwertet wären, so daß sie nicht zu Buch schlagen würden. **Die Umformerstation muß in diesem Jahre fertiggestellt werden**, da sonst eine Garantie für die Aufrechterhaltung des Betriebes seitens der Verwaltung nicht geleistet werden kann. Gegenüber den Gerüchten über die Umgestaltung der Verwaltung für die städtischen Werke, die in der Stadt umlaufen, wurde seitens des Magistrates erklärt, daß zwar eine neue Form der Verwaltung für die Werke gesucht werde, die dem heutigen Wirtschaftsleben besser entspricht, daß **aber die Stadt die Herrin des ganzen Werkes und seines Betriebes bleibe.** Der Magistrat werde demnächst eine entsprechende Vorlage machen. Der vorgeschlagene Weg, die Baukosten für die Umformerstation durch eine Anleihe aufzubringen, sei nicht empfehlenswert da dann das Kapital und die Zinsen den städtischen Finanzen zur Last fallen würden. Ebenso ungangbar sei der Weg, die Neubaukosten durch Steuern zu decken.

Der **Haushalt des Wasserwerkes gleicht sich aus** bei einer Einnahme und Ausgabe von 1 163 000 000 Mark. Die **beiden städtischen Braunkohlengruben** erbringen einen **geringen Ueberschuß**, dieser beträgt bei der Grube Vereinigter Carl-Ernst 1 Million Mark, bei der Grube Frohe Zukunft 4 Millionen M. Die Ueberschüsse würden größer sein, wenn nicht noch erhebliche Mittel für die Verbesserung der Werksanlagen in die Werke hineingesteckt werden müßten.

Der **städtische Schlachthof** steht bei einer **Einnahme von 365 Millionen Mark einen Ueberschuß** vor. Die einmaligen Ausgaben betragen 10 Millionen Mark. Der Erneuerungsfonds ist mit nur 5 Millionen Mark dotiert. Auch der **städtische Viehhof** gleicht seinen Etat in Einnahme und Ausgabe mit 10 Millionen Mark aus, während die Fleischverkaufshalle einen Ueberschuß von 10 000 Mark ergibt.

Das **Stadtmagazin** schließt in Einnahme und Ausgabe mit 120 Millionen Mark ab, der **städtische Fuhrpark** ergibt einen Ueberschuß von 4 Millionen Mark, während die **Straßenreinigung** einen Zuschuß von 441 Millionen Mark erfordert. Für die Besprengung der Straßen sind 62 Millionen Mark vorgesehen. Der Magistrat teilte mit, daß bezüglich der Straßenbesprengung jetzt Versuche mit einem staubbindenden Material im Gange seien. Zum Etat der Straßenreinigung gehören auch die öffentlichen Aborte. Hierbei wurde bemängelt, daß für deren Benutzung eine Gebühr erhoben wird. Der Magistrat war aber der Meinung, daß das durchaus gerechtfertigt sei und der Ausschuß stimmte dem zu.

Die **Gartenverwaltung** nimmt einen Zuschuß von 280 Millionen Mark in Anspruch. Der Hauptteil der Ausgaben entfällt auf die Löhne mit 220 Millionen Mark. Die Gartenverwaltung beschäftigt zurzeit 72 Arbeiter, die aber zum Teil überaltert sind, daher sind die Lohnausgaben verhältnismäßig hoch. Für die Erneuerung der Rasenflächen, der Spielwiesen auf der Peißnitz und auf dem Sandanger sind 4 Millionen Mark vorgesehen. Aus dem Ausschuß wurde angeregt, die Einnahmen der Gartenverwaltung dadurch zu erhöhen, daß der Baumbestand an einzelnen Wegen gelichtet werde. Der Magistrat führte demgegenüber aus daß man nur abterbende Bäume schlagen könne, nicht aber solche, die im Freien zur Belebung des Landschaftsbildes dienten.

Das **Leihamt** braucht einen Zuschuß von 19 Millionen M. Der Magistrat hatte in seiner Denkschrift zum Etat darauf hingewiesen, daß man bei den steigenden Kosten wohl an einen Abbau des Leihamtes denken müsse. Demgegenüber wurde die Meinung laut, daß dann die Benutzer des Leihamtes den Privatpfandleihern in die Hände fallen würden und hier einer gewissen Bewucherung ausgesetzt seien. Der Magistrat hielt diese Bedenken nicht für gerechtfertigt, da die gesetzlichen Bestimmungen für die Privatpfandleiher sehr scharf seien. Jetzt würde das Leihamt vielfach von solchen Personen benutzt, die dort billig ihre Wertsachen während ihrer Sommerreise niederlegten. Die Räume könnten auch sehr gut als Büroräume Verwendung finden.

Der **Kirchenetat** rechnet mit einem Zuschuß von 1,4 Millionen Mark. Einnahmen sind hier überhaupt nicht vorhanden. Der **Haushaltsplan für die Thaliasäle**, dem auch der für die neuen Ausstellungshallen in der Artillerie-kaserne angegliedert ist, sieht eine Einnahme von 49 Millionen Mark vor. Die dauernden Ausgaben betragen 33 Millionen Mark, die einmaligen bei den Thaliasälen 12 Millionen Mark, bei den Ausstellungshallen 22 Millionen Mark. Es wurde bemängelt, daß der Thaliasaal zu billig zur Verfügung gestellt werde, dadurch werde den anderen Saalbesitzern Konkurrenz gemacht. Der Magistrat wies darauf hin, daß das durchaus nicht der Fall sei, koste doch der Thaliasaal jetzt 80 000 Mark für einen Abend, während für den Winter 175 000 Mark für einen Abend in Aussicht genommen sind.

Das **Städtische Museum in der Moritzburg** macht einen Zuschuß von 13 Millionen Mark nötig. Früher war der Besuch des Museums unentgeltlich, dann ist ein Eintrittsgeld von 5 Mark, später von 50 Mark erhoben worden. Jetzt beträgt derselbe 200 Mark. Trotz des Eintrittsgeldes hat sich der Besuch des Museums wesentlich erhöht. Es soll jetzt eine Katalogisierung aller Kunstgegenstände vorgenommen werden. Hierfür waren 500 000 Mark vorgesehen, der Ausschuß erhöhte den Betrag für 1 Million Mark, ebenso wurde das Eintrittsgeld auf 300 Mark erhöht.

Zum Schluß wurde die Frage gestellt, wie hoch die Zuwendungen an den Selbstversicherungsfonds seien. Der Magistrat gab dahin Auskunft, daß ihm in diesem Jahre 121 Millionen Mark zugeführt werden sollten, der Betrag solle wertbeständig doch sofort greifbar angelegt werden.

Lage des Dörfchens ist es zu danken, daß sich das von Zeit zu Zeit von der Bevölkerung erneuerte Kreuz und die mit ihm verbundenen Bräuche bis auf den heutigen Tag erhalten haben. Umso schmerzlicher ist es, daß diese von jahrtausendlanger Tradition geweihte Stätte, auf der sich auch die Reste einer Wallburg und mehrerer steingezäunter Siedelungen gefunden haben, durch die Gipsindustrie bedroht ist, welche einen Abbau gerade dieses Berges plant. Die Abbauarbeiten haben bereits begonnen und werden, wovon sich die Kommission überzeugen mußte, trotz des Verbotes des Herrn Ministers fortgesetzt. Es wurde beschlossen, in einer erneuten Eingabe an den Herrn Minister auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Berges in seiner gesamten Erscheinung nachdrücklich hinzuweisen.

Die nächste Sitzung der Denkmälerkommission wird im Laufe des September in Mühlhausen i. Thür. stattfinden.

Dölau, 15. Juni. (Deutscher Abend.) Der von der Bezirksgruppe Dölau am 9. Juni veranstaltete Deutsche Abend muß als vorzüglich gelungen bezeichnet werden. Der mit Birken, Waldsträußen und schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückte Saal des Waldhauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einleitendem Armeemarsch sang Frl. Duderstedt mit Violin- und Klavierbegleitung einige Lieder, die viel Anklang fanden. Violine: Frl. Tischaschel, Klavier: Herr Duderstedt. Mehrere Streichquartette und Klaviertrios, gespielt von Frl. Tischaschel, Geschw. Eisässer und Herrn Hopfer, wurden gläzend zum Vortrag gebracht. Reicher Beifall lohnte die Künstler. – Der Vorsitzende, Herr Otto, begrüßte die Erschienenen und wünschte, daß der Abend dazu beitragen möge das vaterländische Bewußtsein und den Nationalstolz zu wecken, zu stärken und zu pflegen. Dann gedachte er des von den Franzosen feige gemordeten Oberleutnants und Kaufmanns Schlageter in echt soldatischer Weise. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen und sangen: „Ich hatt einen Kameraden". Nach einer von Frl. Hellige ausgezeichnet zum Vortrag gebrachten Rezitation „Der Feind im Land" hielt Herr Sozialsekretär Diete, Salzmünde, die Festrede. Aus tiefem Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte, die ihren Eindruck auf alle Zuhörer ausübten. Er geißelte die Lauheit und Vergnügungssucht und den geringen Opfersinn. Er zeigte, wie ein wirkliches Mitglied der Partei sein und handeln müsse und warnte davor, auf baldige und günstige Regelung der Besatzungs- und Reparationsfragen zu hoffen. Die Versammlung dankte dem Redner durch langanhaltenden Beifall. Das „Deutsche Volkslied" ging gesungen, bildete den Schluß des 1. Teils. Der 2. Teil wurde durch mehrere anfangs schon erwähnte Klaviertrios eröffnet. Frl. Busch-Kieskau, sang in vollendeter Weise. Die Familie Steinbach aus Halle beschloß den 2. Teil mit Vorträgen zur Laute. Zum Schluß sangen die Versammelten das Deutschlandlied.

Delitzsch, 15. Juni. (Um die Straßenbeleuchtung.) Die elektrische Straßenbeleuchtung ist wieder in Gefahr, eingestellt werden zu müssen, wenn nicht durch entsprechende freiwillige Spenden aus unserer gesamten Bürgerschaft die erforderlichen Mittel hierfür aufgebracht werden können. In der letzten Versammlung des Verkehrsvereins, dem einzig und allein die elektrische Straßenbeleuchtung zu danken ist, wurde beschlossen, für das laufende Vierteljahr keinen festen Beitrag festzusetzen, sondern es jedem einzelnen zu überlassen, die Summe selbst zu bestimmen, die er für die Annehmlichkeit der Einrichtungen des Vereins für angemessen hält. Der Verein unterhält zurzeit 11 große Lampen, die ihm gegenwärtig monatlich etwa 300 000 M. Kosten verursachen.

TU. Gersfeld, 14. Juni. (Segelflüge in der Rhön.) Wie gemeldet wird, startete Stamer bei böigem Wind am Westhang der Wasserkuppe zu einem Probeflug den Weltensegler „Bremen" 200 Meter über der Wasserkuppe, umkreiste sechsmal den Startpunkt in einer Höhe von 800 Metern und landete glücklich über Gersfeld nach einer Flugdauer von 40 Minuten.

Wittenberge, 14. Juni. (Auf dem Rindviehmarkt) standen 350 Stück Rindvieh zum Verkauf. Gutes Milchvieh kostete 8—11 Millionen Mark, geringere Ware wurde mit 7—8 Millionen gehandelt. Färsen kosteten 7—10 Millionen, geringere Sorten 6—7 Millionen. Der Handel war flott, der Markt wurde geräumt.

Magdeburg, 14. Juni. (Rohling.) Durch lautes Wehgeschrei in Aufregung versetzt wurden in der Nacht zum Dienstag die Bewohner des Hauses Fälslerstraße 3. Ursache der nächtlichen Ruhestörung war ein Familienzwist zwischen den im Seitenflügel dieses Hauses wohnhaften Eheleuten Gottfardt, in deren Verlauf der Ehemann seine Frau durch Schläge übel zurichtete und sie schließlich an den Haaren die Treppe herunterzerrte. Die Mißhandlungen der Frau waren derartig schwer, daß ein hinzugerufener Arzt ihre Ueberführung in das Krankenhaus anordnen mußte. Der Rohling wurde von Hausbewohnern tüchtig verprügelt, entzog sich jedoch seiner Verhaftung, indem er sich in seiner Wohnung verbarrikadierte.

TU. Kassel, 14. Juni. (Schweres Unglück bei einer Faßexplosion.) In einer Reparaturwerkstätte sollten verschiedene Nieten eines leeren Benzinfasses geschweißt werden. Plötzlich explodierten die Benzinreste, das Faß wurde zerrissen und die Fensterscheiben der Werkstätte zertrümmert. Ein Gehilfe erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß das Augenlicht gefährdet erscheint.

Weimar, 14. Juni. (Nachklänge zur Maifeier in den Schulen.) In mehreren Städten sind Schüler höherer Lehranstalten deshalb vom Volksbildungsministerium von der Schule verwiesen worden, weil sie an der Feier des 1. Mai nicht teilgenommen haben, so z. B. in Salzungen und Sondershausen.

Leipzig, 15. Juni. (Fast 13 Milliarden Fehlbetrag im Leipziger Haushaltsplan.) Der städtische Haushaltsplan für 1923 weist für die Ausgabe eine Summe von 181,9 Milliarden, in der Einnahme 169 Milliarden auf, so daß ein Fehlbetrag von 12,9 Milliarden Mark verbleibt. Zuschüsse erfordern u. a. die Allgemeine Verwaltung 2 Milliarden Bauverwaltung 5,2 Milliarden, Schulen 6,2 Milliarden, Wohlfahrtspflege 12,7 Milliarden Mark.

Karten für den Deutschen Tag

Der Vorverkauf für die Sonderzugfahrkarten und Abzeichen zur Petersbergfeier am kommenden Sonntag findet am Sonnabend von morgens 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr ununterbrochen statt. Die Teilnehmerzahl geht schon in die Tausende.

Naht- und nagellose Beschohlungen,
Aufklärungsschrift gratis.
Hartmann & Hansen, Halle, Talamtstr. 8.

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für die Politik: Adolf Sindermann; für Volkswirtschaft: Hermann Hoff; für Lokales, Sport und Unterhaltung: A. Ernst Meisterschmidt; für Mitteldeutschland und Sport: Ernst Meisterschmidt. – Für den Anzeigenteil: Paul Kermen, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306161-15/fragment/page=0003

Wirtschafts- und Börsenteil der „H. Z."

5 Uhr-Devisenkurse

Berlin, 15. Juni.

Amsterdam 42 250, Brüssel 5875, Kopenhagen 19 300, Italien 5000, London 495 500, New-York 107 500, Paris 6850, Schweiz 19 300, Prag 3200. Tendenz sehr fest. Mittelkurse.

Für und wider die Devisenzentrale

In Regierungskreisen war man bisher der Einrichtung einer Devisenzentrale aus verschiedenen Gründen abgeneigt. Man vertrat die Meinung, daß die Schwierigkeiten und Widerstände gewisser Interessentengruppen zu groß seien, als daß man dieses Experiment mit Aussicht auf einigen Erfolg wagen könnte. Tatsächlich verhielten sich bisher vor allem die Großbanken einem solchen Projekt gegenüber völlig ablehnend. Neuerdings scheint sich jedoch in Großbankkreisen unter dem Eindruck des katastrophalen Zusammenbruchs des Devisenmarktes ein gewisser Stimmungsumschwung vollzogen zu haben. Es hat sich ja in den letzten Tagen gezeigt, daß dem realen Devisenbedarfe für Einfuhr von Kohle, Rohstoffen, Getreide usw. nicht entfernt ein ausreichendes Angebot gegenübergestellt werden konnte. Man fürchtet, daß bei einer Fortdauer dieses Zustandes die Erregung weitester Kreise einen für den inneren Frieden bedrohlichen Charakter annehmen und sich vor allem gegen den Bank- und Börsenverkehr wenden könnte. Ganz übereinstimmend haben deshalb Vertreter der Großbanken bei Verhandlungen in den zuständigen Ministerien zu erkennen gegeben, daß sie mit der Errichtung einer Devisenzentrale sich abfinden würden, wenn die Regierung eine solche Maßnahme für notwendig halten sollte.

In anderen Kreisen hingegen besteht noch starker Widerstand. So haben sich vor allem die Privatbankiers gelegentlich ihrer jüngsten Tagung in Oberhof sehr scharf gegen einen solchen Plan ausgesprochen, da sie mit Recht fürchten, daß die Einrichtung einer Devisenzentrale gleichbedeutend mit der Schaffung eines Privilegs für die Großbanken sein werden.

Noch stärkerer Widerstand ist aber von den eigentlichen Devisenverbrauchern, insbesondere dem Großhandel, und den auf ausländische Rohstoffe angewiesenen Industrien zu erwarten. In diesen Kreisen verweist man besonders darauf, daß eine Devisenzentrale nur dann erfolgreich arbeiten kann, wenn die Reichsbank und die Großbanken auch wirklich in der Lage seien, die erforderlichen Devisen zur Verfügung zu stellen.

Das ist aber nach den Erfahrungen der letzten Zeit nicht mehr der Fall. Wir haben es ja vor einigen Tagen erleben müssen, daß selbst Regierungsstellen zur Bezahlung der Einfuhr von Kohle und Getreide Devisen vom freien Markte aufkaufen. Auch wenn alle eingehenden Devisen restlos der Devisenzentrale zur Verfügung gestellt werden, würde diese bei der starken Passivität unserer Handels- und Zahlungsbilanz doch nicht entfernt in der Lage sein, den Bedarf der Wirtschaft an ausländischen Zahlungsmitteln zu befriedigen. In Hamburg, Frankfurt a. M. und anderen wichtigen Handelsplätzen sieht man dem Projekt wenig freundlich gegenüber. Man macht dort insbesondere geltend, daß die Errichtung einer Devisenzentrale den freien Verkehr und Schleichhandel mit ausländischen Zahlungsmitteln ebensowenig unterbinden könne, wie die bisherigen Devisenverordnungen, daß aber die Berliner Großbanken gegenüber der gesamten provinziellen Wirtschaft einen ungeheuren Vorzug haben werden. Außerdem bilde das Loch im Westen einen ganz unkontrollierbaren Kanal für den Zu- und Abfluß ausländischer Zahlungsmittel. Die Einrichtung einer Devisenzentrale sei nur geeignet, in dem Volke unberechtigte Erwartungen wachzurufen, denen die Enttäuschung mit absoluter Sicherheit folgen müsse. Im Kampfe gegen die Geldentwertung sei unter den obwaltenden Umständen die Devisenzentrale eins der unbedeutendsten und untauglichsten Mittel.

★ **Günstige Aussichten für die jugoslavische Getreide- und Tabakernte.** Die beim Ministerium für Landwirtschaft einlaufenden Berichte über den Saatenstand in Jugoslavien lauten durchaus günstig. Es ist damit zu rechnen, daß die diesjährige Ernte die ergiebigste seit der Rekordernte des Jahres 1918 sein wird. — Wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" erfährt, dürfte auch die diesjährige Tabakernte sehr gut ausfallen. Es wird mit rund 20½ Millionen Kilogramm Tabak im Werte von über 706 Millionen Dinar gerechnet. Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, werden ansehnliche Tabakmengen für Exportzwecke verfügbar sein.

★ **Zur Schau und Auktion edler ostpreußischer Pferde der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen.** Anläßlich der Landwirtschaftsausstellung der Deutschen Ostmesse vom 24. bis 26. Juni in Königsberg i. Pr.-Rosenau ist der Katalog erschienen und von der Landwirtschaftskammer zu beziehen. Er enthält 260 Pferde der Jahrgänge 1919 und 1920. Ostpreußens erfolgreichste Zuchtstäten (Weedern, Perkallen, Neitrenen, Prziellen, Kallen und andere mehr) entsenden Pferde zu dieser Schau und Auktion. Die Verteilung der Pferde auf die Altersklassen ist folgende: etwa 50 Stuten des Jahres 1920, 13 Stuten des Jahres 1919. 127 Wallache des Jahres 1920, 46 Wallache des Jahres 1919. 15 Hengste. Interessenten dürften unter dieser großen Auswahl das Passende für ihre Zwecke finden. Mit dieser Auktion schließt die Saison 1922/23. Die nächsten Auktionen finden dann erst im September statt und sind offen für die Jahrgänge 1920/21.

Neue Kalisquoten. Die Kaliprüfungsstelle hat folgenden Kaliwerken Beteiligungsziffern gewährt: 1. Vom 1. April 1923 ab: Der Gewerkschaft Weser in Altenhagen eine endgültige Beteiligungsziffer in Höhe von 55 Proz. der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. 2. Vom 1. Mai 1923 ab: a) der Gewerkschaft Ellers in Volpriehausen eine endgültige Beteiligungsziffer in Höhe von 108 Proz. der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. Die Beteiligungsziffer wird bis zum 1. November 1923 um 30 Proz., von da ab bis zum 1. November 1924 um 20 Proz. und von diesem Zeitpunkt ab bis zum 1. November 1925 um 10 Proz. gekürzt. b) Den Mansfeldischen Kaliwerken Aktiengesellschaft in Eisleben für ihren Kalischacht Eva eine Beteiligungsziffer in Höhe von 10 Proz. der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. 3. Vom 1. Juni 1923 ab: a) Der Bergbaugesellschaft Ilsenburg m. b. H. in Wustrow für ihren Kalischacht eine Beteiligungsziffer in Höhe von 13 Proz. der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. b) Die Beteiligungsziffer des Kaliwerkes Friedrichshall II der Anhaltischen Salzwerksdirektion in Leopoldshall-Staßfurt ist infolge Felderteilung vom 1. Juni 1923 ab in der bisherigen Höhe neu festgesetzt worden.

„Berzelius" Metallhütten A.-G. in Frankfurt a. M. Bei Ofen zum Metallbankongern gehörigen Gesellschaft ergibt sich nach Verwendung von 20 Mill. Mark für Wohlfahrtszwecke und 110 Mill. Mark für eine Sonderrücklagen ein Reingewinn von 66,47 (4,85) Mill. Mark, aus dem eine Dividende von 175 Prozent gegen 25 Prozent im Vorjahre vorgeschlagen wird.

★ **Wayß und Freitag, A.-G., Frankfurt a. M.** In der Aufsichtsratssitzung der Wayß u. Freytag A.-G. wurde beschlossen, der auf den 21. Juni in Neustadt a. Hdt. stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen auf das Stammaktienkapital eine Dividende von 300 Proz. zur Verteilung zu bringen. Nach dem Berichte des Vorstandes ist die Gesellschaft auch für das neue Geschäftsjahr gut beschäftigt.

d. **Magdeburger Mühlenwerke, A.-G., Magdeburg.** Die Gesellschaft beruft zum 7. Juli d. J. eine a. o. G.-V. ein, welche über eine Kapitalerhöhung von 20 auf 38 Mill. M. durch Ausgabe von 18 Mill. M. Stammaktien mit Gewinnberechtigung vom 1. Oktober 1922 ab Beschluß fassen soll. Ferner ist beantragt, das Stimmrecht der Vorzugsaktien bis zur Verdoppelung zu erhöhen und das erhöhte Stimmrecht auf die bekannten drei Fälle zu beschränken.

Der Zutritt zum Devisenzimmer der Berliner Börse ist vom 25. Juli ab nur denjenigen Börsenbesuchern gestattet, welche eine hierzu berechtigende Eintrittskarte vom Börsenvorstand erhalten haben. Anträge auf Erteilung solcher Karten unter Angabe des Namens, auf welche sie lauten sollen sind schriftlich an den Börsenvorstand zu richten. Die Karten sind nicht übertragbar.

★ **Aktienzuckerfabrik Alleringersleben.** Die Gesellschaft beabsichtigt eine Kapitalserhöhung um bis zu 1,044 Mill. Mark durch Ausgabe von Namensaktien zum Nennwert von je 1500 M. zu pari.

w. **Erweiterungen bei Rückforth.** Nach Mitteilung von zuständiger Seite bestätigen sich die Gerüchte über beträchtliche Erweiterungen der Fabrikationsbetriebe der Ferd. Rückforth Nachfolger Aktiengesellschaft, Stettin. Die Maschinenanlagen für eine modern eingerichtete Teigwarenfabrik sowie für Kaffeeröstereien seien eingebaut. Die neuen Artikel würden in allernächster Zeit am Markt erscheinen und es ermöglichen, den bedeutenden Verkaufsapparat der Gesellschaft für Liköre auch auf dem Gebiete der Nahrmittel groß auszunutzen.

Wir erfahren weiter, daß die Gesellschaft die Patente und Fabrikationseinrichtungen der „Lisiftra-Compagnie", Chemische Fabrik, Leipzig, übernommen hat und den Betrieb in die eigenen, mit neuzeitlichsten Maschinen versehenen Herstellungsräume nach Stettin verlegt. Mit Wirkung ab 10. dieses Monats gehen die Geschäfte in „Lisiftra"-Präparaten bereits für Rechnung der Rückforth-Aktiengesellschaft.

★ **Schwierigkeiten in der Bezahlung deutscher Importwaren.** Infolge der ständigen Kursverschlechterung der deutschen Mark hat sich die deutsche Industrie genötigt gesehen, ihre Preise in Westvaluta zu erstellen. Da in Jugoslavien im Sinne der geltenden Vorschriften Einfuhrwaren nur in der Währung des Verkäuferstaates gezahlt werden können, ist der Handelsverkehr mit Deutschland beinahe lahmgelegt. Wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" meldet, fordern jugoslavische Handelskreise von der Regierung, von der strengen Handhabung der diesbezüglichen Vorschriften im Verkehr mit Deutschland abzusehen, da die jugoslavische Wirtschaft in hohem Maße auf die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse angewiesen sei.

w. **Stahlpreiserhöhung.** Der gemeinschaftliche Richtpreisausschuß des deutschen Stahlbundes beschloß eine Steigerung der Stahlbund-Richtpreise für Thomas-Handelsgüte um 36,8 Proz. Die Mehrpreise für Lieferungen in Siemens-Martin-Güte wurden nicht geändert. Infolge dieser Beschlüsse gelten ab 15. Juni 1923 folgende Stahlbundrichtpreise (Werkgrundpreise) für 1000 Kilo mit bekannten Frachtgrundlagen mit: (a) für Thomashandelsgüte, b) für Siemens-Martinhandelsgüte.) Rohblöcke a) 2 416 000, b) 2 740 000; Vorblöcke a) 2 715 000, b) 3 079 000; Knüppel a) 2 891 000, b) 3 279 000; Platinen a) 2 985 000, b) 3 385 000; Formeisen a) 3 277 000, b) 3 770 000; Stabeisen a) 3 400 000, b) 3 800 000; Universaleisen a) 3 670 000, Bandeisen a) 4 146 000, b) 4 582 000; Walzdraht a) 3 622 000, b) 4 106 000; Bandeisen a) 4 146 000, b) 4 582 000; Walzdraht a) 3 622 000, b) 4 050 000; Grobbleche, 5 Millimeter und darüber a) 3 832 000, b) 4 296 000; Mittelbleche 3 bis unter 5 Millimeter a) 4 298 000, b) 4 774 000; Feinbleche, 1 bis unter 3 Millimeter 4 774 000; Feinbleche 1 bis unter 3 Millimeter a) 4 989 000, b) 5 465 000; Feinbleche unter 1 Millimeter a) 5 460 000, b) 6 892 000.

d. **Erhöhung der Mehlpreise.** Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial am 14. Juni auf 570 000 M. pro Doppelzentner einschließlich Sack ab Mühle festgesetzt. (Am 13. Juni 530 000 M.)

w. **15proz. Anleihe der Stadt Seesen.** Wie wir erfahren, wird ein unter Führung der Braunschweigischen Staatsbank stehendes Konsortium, dem in Braunschweig die Braunschweigische Bank und Kreditanstalt A.-G., die Deutsche Bank, das Bankhaus Huch u. Schlüter, das Bankhaus Paul Tönnies, in Hildesheim die Hildesheimer Bank, in Magdeburg das Bankhaus Friedrich Albert angehören, in den nächsten Tagen 70 Millionen Mark 15prozentiger Anleihe der Stadt Seesen, die für Schulzwecke dienen sollen, zum Kurse von 98 Proz. zum Verkauf bringen.

w. **Eine neue A.-G. in Staßfurt.** Die seit mehr als 50 Jahren in Staßfurt mit Filialen in München, Hamburg und Berlin bestehenden Teerprodukten- und Dachpappenfabrik A. F. Malschow ist eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 15 Millionen Mark unter der Firma A. F. Malschow, A.-G., unter Beitritt der Rütgerswerke, A.-G. in Berlin, vermandelt worden.

Börsenberichte

Berlin, 15. Juni. Im freien Handel waren u. a. beachtet Lindcar. Kali-Aktien, Deutsche Wehstoff auf Angliederung und Bezugsrecht, Henry Koch. An Kursen hörte man da: Adler Kohle 29 500, A.-G. f. Petr.-Ind. 160 000, Allg. Hochb. 24 000, Becker Kohle 160 000, Becker Stahl 150 000, Benz Motoren 160 000, Braunkohlen u. Chemikalien 25 000, Brown Bov. Mannheim 40 000, Christ u. Unmack 90 000, Dt. Erdöl 72 000, Dt. Petrol. 325 000, Fraureuth. Porz. 176 000, Glückauf 110 000, Grade Auto 15 000, Grade Motoren 36 000, David Grave 52 000, Gummi W. Gibe 170 000, Hansa Lloyd 40 000, Ipu 1 070 000, Lindcar Auto 6500, Berl.-Halberst. 28 000, Mulderal 11 500, Nationalfilm 11 000, Olea 165 000, Oswald Film 45 000, Schebera 79 000, Jul. Sichel 92 000, Oskar Skaller 27 000, Stecatit Magnesia 81 000, Stoewer Mot. 62 000, Thür. Hütten 32 000, Ziag 17 000, Trier. Walzwerk 300 000, Ufa 70 000, Ver. Chem. Zeitz 330 000, Weitz. Bergbau 91 000, Halle Reff 250 000, Hannover Kali 260 000, Heldburg Kali Porz. 650 000, Krügersshall 160 000, Immendorf-Eilsleben 108 000, Diamant Shares 430 000, Kaolo 12 000, Pomona 950 000, Salitrera 5 500 000, Slomann 190 000, Südsee 275 000, Argent. Rentenbonds 9 900 000, Shade 9 900 000, do. spanische 24 750 000, 1909er Russen 8000, Pet. Int. 26 500, Russenbonds 30 000.

Dollarschatzanweisungen Kassa und Ultimo Juni 108 500 bis 109 000, Ultimo Juli 119 000 G.

d. **Handel von Bezugsrechten.** Das Bezugsrecht auf junge Aktien der Eisenmatthes A.-G., Magdeburg, fiel am 18., 20. und 22. Juni 1923 an der Berliner Börse amtlich notiert werden. Es können auf 8000 M. alte Aktien 1000 M. junge Aktien zum Kurse von 2500 Proz. bezogen werden. — Das Bezugsrecht auf die jungen Aktien der Deutschen Ton- und Steinzeug-Werke A.-G., Charlottenburg, gelangt am 22. Juni d. J. erstmalig an der Berliner Börse zur Notiz. — Das Bezugsrecht auf die jungen Aktien der Bohrischbrauerei Conrad, Brennerei-A.-G., Stettin, gelangt am 20. Juni d. J. erstmalig an der Berliner Börse zur Notiz.

Leipzig, 15. Juni. Die Tendenz war nach fester Eröffnung unsicher und teilweise abgeschwächt. Für die heutige Börse lagen auf Grund der starken Deviseneinsteigerungen in den letzten Tagen besonders umfangreiche Aufträge namentlich aus der Provinz vor. Die Tendenz gestaltete sich daher trotz des leichten Rückgangs des Dollars bei Eröffnung weiter fest. Im Verlaufe jedoch wurde die Haltung unsicher, und einige der besonders gestiegenen Papiere erlitten mehr oder weniger große Einbußen. Das Interesse wandte sich heute vorwiegend den zurückgebliebenen Werten zu, was namentlich im Freiverkehr in kräftigen Kurserhöhungen sich ausdrückte.

Frankfurt, 15. Juni. Fest, Geschäft weniger lebhaft als in letzter Zeit. Im Vordergrund des Interesses einige Spezialwerte, für welche die Spekulation größere Kauflust zeigte. Stärker gesucht: Daimler Motoren, Holzmann, Sichel und Heddernheimer Kupfer. Weniger einheitlich heimische Aktien, aber auch übermäßig höher. Menefeld und Caro fest. Freiverkehr: Petroleum Becker 170 000, Becker Kohle 175 000, Krügersshall 170 000, Hansa-Lloyd 43 000—42 000, Api-Aktien 180 000, Deutsche Petroleum 355 000. Valutapapiere ruhiger bei fester Haltung. Zollkürfen 185 000, Baadad-Anleihe II 245 000. Lebhafter gefragt waren Benz 150 000, Ufa 541 000, Ziag 16 500, Frankfurter Handelsbank 1300. Devisenmarkt sehr fest bei lebhaftem Geschäft. London 500 000, New-York 108 000, Holland 42 000, Schweiz 19 500, Paris 6850, Italien 5000.

Hamburg, 15. Juni. Nach vorübergehender Abschwächung der Devisen im gestrigen Abendverkehr zogen die Kurse erneut an und setzten ihre Steigerung während der Börsenzeit fort. Gegen 1 Uhr bei kleinem Geschäft: Holland 42 000, London 495 000, New-York 108 000. An den Effektenmärkten Realisationsneigung. Schiffahrtswerte teilweise stark im Angebot. Werkstaffen verloren gegen den letzten Börsentag 20 000, Lloyd 16 000, Hamburg-Süd 5000, Elbe 7500. Gegen gestern waren die Verluste noch größer.

Leipziger Notierungen Leipzig, 15. Juni.

Elitewerke	50	30000.	Leipz. Baumw.	100	95000.
Zimmermann, Halle	35	28000.	Leipz. Kamm g.	100	48000.
Germania	50	24500.	Leipz. Spitze	50	35000.
Hartmann	50	105000.	Leipz. Trikot.	30	35000.
Pittler	50	280000.	Leipz. Wollkäm.	80	—.
Penig	25	24000.	G. Lindner, Ammend.	500	84000.
Presto	50	67000.	Meerane Kamm g.	150	56500.
Schönherr	35	85000.	Mittw. Bw.-Sp.	40	66000.
Schubert & Salzer	30	220000.	Mittw. Bw.-Web.	45	40000.
Sondermann & Stier	30	25000.	Nordd. Wolle	100	320000
Wotan	50	112000.	Harthau	30	—.
Zahnr. Köllmann	200	95000.	Stöhr	200	590000
Zimmerm., Chemn.	20	44000.	Text Claviez	100	21000.
Cassel Jute	25	115000.	Thür. Wollgarn	150	60000.
Chemn. Spinn.	150	130000.	Tittel & Krüger	150	115000
Dürfeld	60	390000.	Tränkn. & Würk.	40	58000.
Falkenst. Gard.	50	48000.	Wernshausen	100	74000.
Gera Jute B.	506	125000.	Zittauer M.-Web.	20	41000.
Kamm. Gautzsch	100	200000.	Krietsch, Wurzen	—	35000.
Köbke	40	90000.	Färberei Glauchau	100	34000.

Allg. Dtsch. Credit	15	31000.	Faradit	100	—.
Chemn. Bankv.	15	—.	Hupfeld	40	75000.
Leipz. Hyp.-Bank	8	5000.	Ldkr. Kulkwitz	15	44950.
Sächs. Bank	7	41000.	Sachsenwerk	50	80000.
Mannfeld A.-G.	—	250000.	Lpz. Piano-Zim.	40	72000.
Oelsnitz	—	120000.	Bauchw. Waltner	400	8 000.
Malzf. Schkeuditz	30	—.—	Hugo Schneider	30	365000
Glauziger Zucker	50	275000.	Thür. Gasges.	50	54800.
Halle Zucker	40	90000.	Prehlitzer St.-A.	100	1000000
Körbisd. Zucker	15	—.—	Prehlitzer Lit. B.	6000	—.—
Rositzer Zucker	40	170000.	Prehlitzer Lit. C.	4000	400000
Kröllw. Papier	40	830000.	Halle, Pfännersch.	70	290000

Turnen, Spiel und Sport

Große Wanderfahrt 1923 des Bundes deutscher Radfahrer!

Letzte Nachricht von dem Denkmalsorte Bad Schmiedeberg, Bez. Halle.

Nach neuesten Meldungen sind die Wanderfahrer aus den entferntesten Gebieten, Ostpreußen, Bremen, Rheingebiet, Bayern und Schlesien bereits abgefahren und die ersten Teilnehmer am Denkmalsorte eingetroffen. Die größte Wanderfahrer ist im vollen Zuge. Neue große Preise sind in letzter Stunde zur Verfügung gestellt worden, sowohl von Industrie wie von Privatpersonen. Snob-Motorenwerke, Düsseldorf, haben zur Ausstattung der Veranstaltung allein 1 Million Mark gestiftet. Werke der Keramik mehrere Millionen Mark usw.

Der Wandertag 1923 wird der bedeutungsvollste des Radfahrerportes sein, da er zum Gedenken der im Weltkriege Gefallenen und aus Anlaß der Denkmalseinweihung im Herzen Deutschlands in Bad Schmiedeberg veranstaltet wird. An 12 entlegenen verschiedenen Stellen des deutschen Reiches, so im Kölner Dom, in Rotenburg a. Tauber usw. finden große Gedächtnisfeiern statt, zur selbigen Stunde, da in Schmiedeberg die nach dort geeilten Wanderfahrer zur Enthüllung am Denkmal stehen.

Die Feierlichkeiten beginnen um 9 Uhr mit einer besonderen Ehrung des Bundesbanners auf dem Marktplatz. Daraufhin findet ein großer Festgottesdienst statt, bei dem in der alten Stadtkirche, die ums Jahr 1440 erbaut ist, die sämtlichen Banner mit den schwarzen Schleifen zum Gedenken an die Denkmaleinhüllung geziert werden. Die Aufstellung der 10 verpflichteten Gaue findet um ½12 Uhr statt, darauf Marsch zur Denkmalsstätte. Punkt 12 Uhr beginnt die Denkmalsfeier. Das Denkmal liegt inmitten schwermütiger Tannen im anmutigen Kurpark des im Herzen Deutschlands liegenden Moorbades Schmiedeberg.

Rennen zu Grunewald

(Eigener Drahtbericht.)

Tannen-Jagdrennen. 1. Immelmann, 2. Heyerci, Tot.: 11. — **Stein-Hürdenrennen.** 1. Kontrahent, 2. Cerda, 3. Blücher. Tot.: 36, 16, 12. Ferner liefen: 2. — **Eichfamm-Jagdrennen.** 1. August, 2. Tristan, 3. Malacara. Tot.: 17, 13, 16. Ferner lief: 1. — **Metropol-Preis.** 1. Magellan, 2. Grofiée, 3. Eid. Tot.: 38, 19, 30. Ferner liefen: 2. — **Potsdamer Jagdrennen.** 1. Querreiber, 2. Robert, 3. Pan Do. Tot.: 15, 11, 13. Ferner lief: 1. — **Juni-Hürdenrennen.** 1. Teiff, 2. Lisland, 3. Helmtraut. Tot.: 17, 1, 12. Ferner lief: 1. — **Iris-Flachrennen.** 1. Faloda, 2. Denar, 3. Vergangenheit. Tot.: 20, 16, 23. Ferner liefen: 3.

Kegelsport. Vom 7. bis 17. Juli d. J. findet in Halle das 14. Mitteldeutsche Gaukegeln statt. Neben der Ehrenbahn, welche mit Ehrenpreisen im Werte von zirka 7 Millionen Mark ausgestattet ist, sind Freibahnen und Kampfbahnen so zahlreich vorhanden, daß sicherlich jeder Kegelsportler in weitestem Maße auf seine Rechnung kommt. Das hallische Kegelerheim „Thorbiete", welches durch diese gewaltige großzügige Veranstaltung zum Mittelpunkt zu einem Kegelsportfest von so großer Bedeutung bestimmt ist, wird bestrebt, daß es in jeder Hinsicht sportlich und zur Unterhaltung auch den weitesten Erwartungen entspricht. Haben sich doch die jetzt bereits weit über 200 aktiven würtige Teilnehmer angemeldet. Hervorgehoben werden muß, daß anläßlich des Gaukegelns in Halle am 13., 14. und 15. Juli die Meisterschaft von Mitteldeutschland ausgetragen wird, welche von dem bisherigen Meister von Alpenblick (Verband Erfurt) und Noßlenbahn (Verband Berlin) verteidigt werden muß. Ferner finden verschiedene Länderkämpfe statt, welche das Interesse noch bedeutend erhöhen. Die Kegelsportler werden auch hier wieder beweisen, daß sie als Sportsbrüder (Mitgl. des Reichsausschusses für Leibesübungen) auch wirklichen Sport betreiben zum Wohle und zur Erhaltung unseres deutschen Volkes. Anfragen sind zu richten an den Festausschuß Max Deicke, Halle a. S., Steinweg 35.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306161-15/fragment/page=0004